

POLITISCHE ABTEILUNG I

s.C.41.770.0.(Su)

s.C.41.770.0.(Norv).-WOK/WLA

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No. 777.100	Bern, 31. Oktober 1990
EE	230 Schwed.
R	- 1 NOV. 1990
nag	pet
Kopie an	ar. BIK/kl

Notiz an das Integrationsbüro EDA/EVD

EG-Bewegung in Schweden und Norwegen

1. Zwei zufälligerweise praktisch gleichzeitige Ereignisse politischer Natur in Schweden und Norwegen könnten direkte Auswirkungen auf die Integrationspolitik dieser beiden Länder und damit auf die EWR-Verhandlungen haben:
 - . Der Rücktritt der bürgerlichen norwegischen Regierung Syse und deren voraussichtliche Ersetzung durch eine von Frau Brundtland geführte sozialdemokratische Regierung.
 - . Die öffentlich bekundete Absicht der schwedischen Regierung, dem Parlament eine verpflichtendere Aussage zum EG-Beitritt vorzulegen.

Die rasche und eingehende Berichterstattung unserer betroffenen Aussenposten sowie Gespräche mit schwedischen und norwegischen Kollegen erlauben folgende vorläufigen Bemerkungen aus politischer Warte:

2. Der Bruch der bürgerlichen Koalition in Norwegen bedeutet, dass die Konservativen und wohl auch die Volkspartei nun ihre eindeutige Präferenz für einen möglichst baldigen Beitritt zur EG ohne die bisherige Rücksicht auf das Zentrum verfolgen können. Die künftig regierenden Sozialdemokraten sind zwar in der Beitrittsfrage gespalten, die EG-Befürworter gewinnen aber rasch an Terrain, zumal wenn die schwedischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften nun auch resoluter nach Brüssel drängen.

Die Regierung wird also im Parlament auf eine breite Zustimmung zu EG-, ja beitriffsfreundlicher Politik zählen können; gegebenenfalls wird sie durch entsprechende Profilierung der Mehrheit der Bürgerlichen zusätzlich in diese Richtung gedrängt. Fazit: Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden in der norwegischen Integrationspolitik bisherige EWR-Parameter (Ausnahmen, Fixierung auf EWR ohne direkten Bezug zum Beitritt) wegfallen.

3. Schwieriger interpretierbar (offensichtlich auch für die schwedischen Kollegen) ist die erwähnte schwedische Absichtsbekundung zum EG-Beitritt. Sie ist einmal vor dem Hintergrund der gegenwärtigen schwedischen Wirtschaftskrise zu sehen; der entsprechenden eingehenden Analyse unserer Botschaft vom 29. 10. ist, wie in unserer Kurznotiz vom 30.10. erwähnt, nichts beizufügen. Darüber hinaus dürfte es sich aber auch um einen weiteren Schritt in der - dem Naturell des gegenwärtigen Premiers Carlsson entsprechenden vorsichtigen - aber zielstrebigem Vorbereitung zum grossen Sprung EG-Beitritt handeln. Die parlamentarische Beratung und Beschlussfassung garantiert Carlsson den nötigen innenpolitischen Rückhalt und birgt das Potential einer Verdeutlichung der schwedischen Absicht in sich. (Die parlamentarische Beratung der letzten schwedischen Integrationserklärung 1987 brachte eine entscheidende Neuformulierung der ursprünglichen Regierungsvorlage: "Der EG-Beitritt ist nicht im Programm" wurde im Reichstag mit "im Moment" ergänzt.)
4. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Ueberraschungspotential im Umfeld unserer Integrationspolitik gewachsen ist: norwegische und schwedische Initiativen - gegebenenfalls in Absprache, ev. auch mit den Finnen (vgl. dazu ebenfalls die kürzliche Aussage des schwedischen AM Andersson, nach dem Pariser KSZE-Gipfel werde mit der Arbeit an einem "nordischen EG-Beitritts-gesuch" begonnen) - von der Absichtserklärung beitreten zu wollen bis hin zur formellen Einreichung eines Beitritts-gesuches nach österreichischem Vorbild sind auch schon in der Aushandlungsphase eines EWR nicht auszuschliessen.

- 3 -

Wie unsere Aussenposten in Stockholm und Brüssel sehr zu Recht bemerken, wird zudem allein schon die Perzeption in 'Brüssel' der zwei Ereignisse in Schweden und Norwegen direkte Auswirkungen auf die EWR-Verhandlungen haben. Was ausschlaggebend sein wird, ist indes im Moment noch schwer abschätzbar: Auf der einen Seite sinkt die Bereitschaft der EG mit Quasimitgliedern institutionell ernsthaft zu verhandeln, gleichzeitig wächst aber der Druck auf die EG, eben doch institutionelle Konzessionen zu machen, **falls** gewichtige Beitrittsgesuche bereits 1991 weiterhin unerwünscht sind. So oder so wird die schweizerische Integrationspolitik immer mehr in Brüssel und anderswo fremd bestimmt.

POLITISCHE ABTEILUNG I
i.V.


Daniel Woker

Kopien: BAWI: . Staatssekretär
. Botschafter Arioli
. Westeuropa

EDA: . polit. Sekretariat
. F. & W.-Dienst
. DV
. JAC, SIN, WOK, JE

Mission Brüssel
Delegation, Genf
Botschaften Oslo, Stockholm,
Helsinki, Wien

} Mit bestem Dank für die
bisherige prompte Bericht-
erstattung und Kommentar